



## Gegen die doppelte Ausbeutung! Solidarität mit den Streikenden – Für die Rechte der Frauen!

Die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst streiken für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und Anerkennung für ihre Arbeit. Es sind oft Frauen, die in der ersten Reihe stehen. Kein Wunder, denn sie sind von den Ungerechtigkeiten dieses Systems besonders betroffen. In diesem Tarifkampf geht es nicht zuletzt um ihre Rechte!



Im Durchschnitt verdienen Frauen in diesem Land noch immer 18 Prozent weniger als Männer. Das liegt auch daran, dass die Löhne in den sogenannten Frauenberufen im Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungswesen besonders gering sind. Doch auch im direkten Vergleich innerhalb dieser Berufsgruppen erhalten Frauen bei gleicher Qualifikation im Schnitt 7 Prozent weniger Lohn. Die Arbeitsbedingungen sind oft so mies und kräftezehrend, dass die Kolleginnen und Kollegen vielfach in Teilzeit gezwungen werden.

In den laufenden und noch anstehenden Streiks auch in anderen Branchen, zum Beispiel bei Post und Bahn, gilt es auch auf die strukturelle Ungleichbehandlung und Doppelbelastung von

Frauen hinzuweisen. Als Teil der lohnabhängigen Klasse verkaufen Frauen ihre Arbeitskraft oftmals unter schwersten Bedingungen. Sie mehren so tagtäglich den Profit derjenigen, die ohnehin nicht wissen, wohin mit ihren Milliarden. Oben drauf kommt die unbezahlte Arbeit in der häuslichen Pflege und Erziehung, in der Hausarbeit.

### Nicht in unserem Namen!

**Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90 / Die Grünen) will pünktlich zum Internationalen Frauentag ihr Konzept für „feministische Außenpolitik“ vorlegen. Baerbocks Außenpolitik steht für Krieg und Kriegspropaganda. Mit der Forderung nach immer mehr Waffen feuert sie den Krieg in der Ukraine an. Tausende sterben für diesen Wahnsinn. Frieden mit Russland ist Baerbock ein Gräuel. Sie will „Russland ruinieren“ und erklärte, dass „wir einen Krieg gegen Russland führen“.**

*Siehe dazu auch den Beitrag zu feministischer Außenpolitik in der Internetausgabe dieses FUNKE*

Frauen sind die Krankenschwestern, Altenpflegerinnen, Erzieherinnen, Köchinnen und Reinigungsfachkräfte dieser Republik. Leisten sie all das als Lohnarbeit, werden sie schlecht bezahlt. Leisten sie all das nach Feierabend, wird das als selbstverständlich angesehen. Die doppelte Ausbeutung und der Druck



auf die Frauen wachsen durch das kaputtgesparte Sozialsystem. Geschlossene Kindergärten wegen fehlenden Personals, überlaufene Notaufnahmen und Krankenstationen sowie der Profitgier überlassene Pflegeheime – da überlegen Familien zu Recht, ob sie diesem System der kapitalistischen Daseinsvorsorge ihre Lieben anvertrauen wollen. Immer häufiger stellen sie sich die Frage: Finden wir in dieser Gesellschaft noch die nötigen Versorgungsmöglichkeiten für unsere Kinder oder pflegebedürftigen Eltern? Können wir uns das überhaupt leisten?



Foto: gemeinfrei

Und wenn nicht: Wer bleibt zu Hause, um diese Arbeit statt oder zusätzlich zum Job zu machen? Wenn es um Gleichberechtigung geht, geht es also auch um den Bereich der Reproduktion, also der Sorge für Kinder, Kranke und ältere Menschen. Die Sorgearbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Auf-

## **Kommentar einer Klinik-Beschäftigten aus der Region.**

Der „Wehretat“ soll (siehe AZ vom 24.02.23) um je 15 Mrd. € auf 65 Mrd. € pro Jahr steigen – der Bundeskanzler will es mit Übersoll erfüllen – darf's ein bisschen mehr sein? Wie wagen es Scholz & Co., solch riesige Summen noch on top „lockerzumachen“, von denen jeder Euro erst durch uns, arbeitende Menschen – ob hier geboren oder eingewandert – erarbeitet – und als Steuer entrichtet werden muss?! Tagtäglich werden wir aufgefordert, knallhart zu sparen – und ein immer größerer Teil von uns gerät in existenzielle Not – wie am Ende des Monats noch den Auto-Tank vollkriegen, die Stromrechnung bezahlen?.. Nicht nur immer mehr Privatpersonen zerbrechen sich den Kopf, wie (mit steigenden Preisen und

gabe und kein Privatproblem der Frauen und Familien. Von der doppelten Ausbeutung profitieren die Herrschenden auch doppelt. Sie profitieren von der Ausbeutung der Beschäftigten und der Ausbeutung in den vielen Bereichen, die eigentlich gesamtgesellschaftlich organisiert werden müssten. Eine hohe Streikbeteiligung ist nicht nur zur Durchsetzung der Tarifforderungen, sondern auch im Kampf um diese grundlegenden Verbesserungen entscheidend. Nur durch ein Eintreten für die eigenen Interessen wird sich die Situation zum Besseren wenden. **Der Streik geht uns alle an! Solidarisiert euch mit den Streikenden!**

**Wir fordern:**

- ★ **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**
- ★ **Entlastung jetzt!**
- ★ **Mehr Personal im Gesundheits- und Erziehungswesen!**
- ★ **Die Daseinsvorsorge gehört in die Öffentliche Hand**

**Geld ist genug da – Statt 100 Milliarden für die Bundeswehr brauchen wir ein Sondervermögen für Soziales und die Millionärssteuer!**

stagnierenden Einkommen) noch über die Runden kommen – auch die öffentliche Infrastruktur verkommt – Jeder kennt marode Schulgebäude und unterbesetzte Kollegien, gravierenden Personal-mangel in Krankenhäusern und dem ÖPNV, millionenfach fehlenden bezahlbaren Wohnraum. Doch die zusätzlichen 15 Mrd. ÖFFENTLICHER GELDER landen direkt in den Taschen der Rüstungskonzerne. Wäre es nicht besser UMGEKEHRT – statt deren Einnahmen / Profite zu mehren, in unser aller Daseinsvorsorge zu investieren – damit der Bus fährt, die Krankenschwester nicht an Überlastung zusammenbricht, die Erzieherin nicht ausgebrannt aus dem Beruf ausscheidet, ausreichend zugängliche Wohnungen da sind – damit man z. B. die MaLuKi-Schulsporthalle in Bad Kreuznach renoviert, so dass dort sowohl Schul- als auch Vereinssport ungehindert laufen kann?!

### **Impressum: der funke, Internationaler Frauentag 2023**

Infoblatt der Bad Kreuznacher DKP-Gruppe, Kontakt und v.i.S.d.P.: V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, E-Mail [bad-kreuznach@dkp-rlp.de](mailto:bad-kreuznach@dkp-rlp.de) Druckversion 2 Seiten, Online-Ausgabe 4 Seiten siehe hier: <https://dkp-rlp.de/bad-kreuznach/> Mal bei uns reinschauen, wenn wir uns treffen? E-Mail an obige Adresse.

Die Welt besser verstehen? 6 x im Jahr: <https://www.marxistische-blaetter.de/>) Probeheft anfordern

So sehen es andere linke Menschen

## Feministische Außenpolitik?

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) (<https://www.wilpf.de/>) hat im letzten Jahr einen Leitfaden zur Umsetzung feministischer Außenpolitik vorgelegt. Das dort vorgestellte Konzept "bricht mit dem traditionellen Status quo der internationalen Beziehungen und Politikgestaltung, der sich auf kapitalistische und koloniale Machtverhältnisse konzentriert".

In einer früheren Publikation stellen die Frauen fest, dass „sich die Bundesregierung nicht nur ihrer Verantwortung für die Konsequenzen ihrer militärischen Maßnahmen und für die Situation derjenigen, die durch militarisierte Grenzen, Rüstungsexporte und die Existenz von Atomwaffen gefährdet sind“ entzieht, sondern (...) auch aktiv Bemühungen, das internationale System zu entmilitarisieren, z.B. durch Abrüstungsinitiativen“ behindert. Dies haben die Grünen 1998 und auch heute zu verantworten\*. Vor dem Hintergrund der Kriegstreiberei dieser Partei damals und heute ist die Verwendung des Begriffs der feministischen Außenpolitik an Zynismus und Verlogenheit nicht zu überbieten.

Stichworte Katar, LNG-Terminals, Lützerath: Spätestens hier wird klar, dass die kapitalistischen Machtverhältnisse nicht angetastet werden. Nachhaltigkeit, Inklusion und Feminismus dienen als Marketingfloskeln. Die Realität ist innenpolitisch eine Zunahme der Zahl einiger reicher Menschen auf Kosten eines Großteils der

Bevölkerung, der die Lebenshaltungskosten nicht mehr stemmen kann, der drohende Zusammenbruch des Gesundheitssystems und ein exkludierendes Bildungssystem, das unterfinanziert und völlig überfordert ist. Außenpolitisch wird der Kolonialismus symbolisch hart bekämpft, realiter interessiert sich offenbar niemand für die Auswirkungen des Wirtschaftskrieges gegen Russland auf den globalen Süden, die gleiche Ignoranz auch bei der Bekämpfung des Klimawandels, der die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört.

Demgegenüber stehen Rekordgewinne der Öl- und Rüstungsfirmen. Es ist eine Katastrophe. Sahara



Wagenknecht nannte die Ampel die dümmste Regierung Europas. Auch angesichts der olivgrünen Außenministerin Baerbock, die Russland versehentlich den Krieg erklärt hat und offensichtlich nicht die

Absicht hat zurück zu treten, obwohl dieses Amt ihre Fähigkeiten sichtlich übersteigt, ist dem eigentlich nichts hinzuzufügen. Davon, dass sich die Basis der Grünen, gerade derer, die aus der Friedensbewegung kommen, kritisch und lautstark gegen Kriegslogik und Eskalation wendet, ist offensichtlich nicht auszugehen. Um mit Reinhard Mey\*\* zu sprechen:

**Es ist als hätten alle den Verstand verloren  
Sich zum Niedergang und zum Verfall verschworen  
Und ein Irrlicht ist ihr Leuchtfeuer geworden –  
Klabautermann führt das Narrenschiff  
Volle Fahrt voraus und Kurs aufs Riff**

Alexandra Erikson, stellvertretende Kreisvorsitzende der LINKEN im Rhein-Hunsrück-Kreis

\* Wir stimmen den Aussagen weitgehend zu, sehen aber keine Alleinverantwortung der GRÜNEN, die 1998 des Mitregierens wegen Schröder und Scharping zur parlamentarischen Regierungsmehrheit für die deutsche Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien verholten haben. Opposition war damals nur die PDS, während CDU/CSU und FDP mitmachten. Damit hatten sich die Grünen endgültig von der Friedensbewegung verabschiedet, so wie sich damals in Bad Kreuznach ein großer Teil der lokalen Ur-Grünen von dieser Partei verabschiedet hatten.

\*\* Reinhard Mey gehört übrigens zu den 71 Initiatoren und Erstunterzeichnern des Manifests für Frieden, das bis dato über 700.000 Menschen unterschrieben hatten und das über 50.000 am 25. Februar zum Brandenburger Tor strömen ließ.

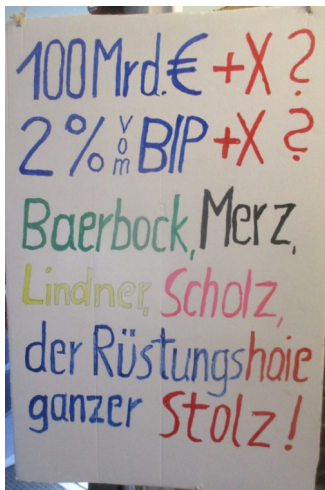


Wöchentlich eine andere Sicht der Dinge lesen? <https://www.unsere-zeit.de/>

# Manifest für Frieden und die Frauen

Zwei Frauen ergriffen die Initiative und fordern die Bundesregierung auf, sich endlich für einen Waffenstillstand in der Ukraine einzusetzen, statt mit weiteren Waffenlieferungen den Konflikt anzuhetzen auf die Gefahr hin, dass die Menschheit in einen atomaren Krieg schlittert. Vor allen Westeuropa, heute schon Hauptleidtragender des Wirtschaftskrieges gegen Russland, wäre danach unbewohnbar, Millionen Menschen tot, verstrahlt, ohne Nahrung und Obdach.

Unter den 69 Erstunterzeichner\*innen sind viele bekannte Frauen. Dr. Angelika Claußen, IPPNW-Vize-Präsidentin Europa, Daniela Dahn, Publizistin, Prof. Dr. Ulrike Guérot, Politikwissenschaftlerin, Dr. Margot Käßmann, Theologin, Hanna Schygulla, Schauspielerin, Jutta Speidel, Schauspielerin, Katharina Thalbach, Schauspielerin, und Dr. Antje Vollmer, Theologin (Grüne) um nur einige zu nennen.



<https://www.change.org/p/manifest-für-frieden>

Nicht dabei sind AfDler, Nazis und Rassisten. In vielen Medien soll mit Meldungen wie XX hat unterschrieben, YY sah man am Rande der Demonstration am 25.02. gesehen oder ZZ hat Wagenknecht in seine Partei eingeladen, der falsche Eindruck erweckt werden, solche Figuren gehörten zu den Aufrufern..

Dass zwei Frauen, die sehr unterschiedlich geprägt sind, mit vielen anderen gemeinsam schon über 700.000 Menschen bewegen konnten, gibt uns Hoffnung. Sich mit seiner Unterschrift öffentlich gegen jene auszusprechen, die einen Sieg der Ukraine wollen, und wenn die Welt in Scherben fällt, zeigt Mut. Schon lange stellen nicht nur wir fest, z.B. beim Verteilen des FUNKE in der Fußgängerzone, dass sich die Meinung von zunehmend mehr Menschen immer weniger deckt mit dem, was tagtäglich auf vielen Titelseiten und in Talkshows verkündet wird.

Auch weil gerade die Menschen, die da mit uns ins Gespräch kommen selbst erfahren, wie sie heute schon wirtschaftlich betroffen sind. Sie müssen bis zu 50% mehr an der Kasse beim Lebensmittel-discounter lassen, mussten Heizöl doppelt so teuer kaufen wie im Vorjahr, sollen jetzt Abschlagszahlungen für Gas und Strom leisten, die ans „Eingemachte“ gehen. Und sie werden zur Kasse gebeten werden für exorbitant steigende Rüstungskosten. 100 Mrd. € Sonderschulden sind manchen noch nicht genug, da werden auch schon 300 gefordert, von Frau Dr. Eva Högl, SPD, Wehrbeauftragter des Bundestages. Und die 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung sollen nun Untergrenze sein. Wer das kritisiert, wird auch schon mal in der hiesigen Lokalpresse als „prussisch“ abgestempelt, besonders dann, wenn man auch noch das Manifest für Frieden als Flugblatt verteilt hatte.

***Lobt dich Dein Gegner, dann ist das bedenklich; schimpft er, dann bist Du in der Regel auf dem rechten Weg. August Bebel.***

Bis auf Frau Högl stehen die genannten Frauen mit in der Tradition des Internationalen Frauentages als Kampftag auch gegen Krieg und Militarismus, dagegen, dass vor allem die arbeitenden Frauen es waren, die ihre Männer und Söhne für die Schützengräben hergeben mussten und später ohne sie die Trümmer beseitigen. Anders sieht das aus bei Frauen wie Außenministerin Baerbock, Rüstungslobbyistin Strack-Zimmermann und leider auch der Sprecherin von Fridays for Future, Luisa Neubauer. Sie trommelte vor Tagen in Berlin gemeinsam mit einem Sammelsurium von „Krieg-bis-zum-Sieg-Rufern“ gegen die Friedensbewegung und für mehr Aufrüstung der Ukraine. Was jeder weitere Kriegstag an Umwelt- und Klimaschäden anrichtet, hat sie sich wohl nicht vor Augen geführt. Auch ohne das entsetzliche Leiden von Soldaten und Zivilisten auf beiden Seiten wäre das schon Grund genug für einen sofortigen Waffenstillstand.

Mit seiner von Klara Zetkin begründeten Tradition ist der Internationale Frauentag zuerst ein Tag der arbeitenden Frauen, die gleichberechtigt und gleichgestellt mit ihren männlichen Kollegen um Verbesserungen für alle Arbeitenden kämpfen.